Dietrich Beyrau

Russische Interessenzonen und europäisches Gleichgewicht 1860–1870

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erfuhr das europäische Gleichgewicht zwei Verschiebungen, die durch den Krimkrieg und den deutsch-französischen Krieg verursacht wurden. Im ersteren verlor Rußland sein entscheidendes Übergewicht über Mittel- und Südosteuropa, der zweite Krieg bewirkte einen Rollentausch zwischen dem neuen Deutschen Reich und der alten Militärmacht Frankreich, die bis dahin nur in Koalitionskriegen hatte überwunden werden können. Diese Entscheidungen auf dem Schlachtfeld waren wohl nicht zufälliger Natur. In ihnen drückte sich ein tiefer liegender Prozeß aus, der gemeinhin mit den Begriffen Industrialisierung und Modernisierung gekennzeichnet wird¹. Von der englischen industriellen Revolution angestoßen und in wechselnden Wellen und Phasen vom Kontinent aufgenommen, hatte dieser Vorgang eine Verschiebung der industriellen und militärischen Potenzen zwischen den Großregionen und einzelnen Staaten zur Folge, die auf Dauer die politische Gestaltung Europas nicht unberührt lassen konnte.

Bis zum Krimkrieg hatte das vergleichsweise stagnierende Zarenreich durch seine schiere Größe und militärische Machtkonzentration die Dynamik der mittel-europäischen Völker und Staaten gebremst, die von sozialen Umwälzungen, Unruhen und Revolutionen erschüttert worden waren. Im Krimkrieg nun erwies sich die östliche Kontinentalmacht als bewegungsloser Riese. Wegen einer veralteten Sozialstruktur, eines verknöcherten politischen Systems und einer altertümlichen – in West- und Mitteleuropa seit Napoleons Tagen überwundenen – Militärverfassung war der östliche Riese zwar nicht wehrlos, aber er hatte seine frühere Offensivstärke verloren². Dem dynamischen industriellen Westen, der nach dem Prinzip des „maximal slaughter at minimal expense“ verfuhr, stand der versteinerte Osten gegenüber, der gewissermaßen dem vorindustriellen Grundsatz des „maximal slaughter at maximal expense“ zu folgen schien. Der 1855 neu auf den Thron gestiegene Kaiser Alexander II. und seine engsten Berater haben sehr deutlich er-

¹ *Gilbert Garrier* (Hrsg.), *La domination du capitalisme 1840–1914*, in: *Histoire économique et sociale du monde* 4 (1978); *Theodor Schieder* (Hrsg.), *Handbuch der europäischen Geschichte*, Bd. 6 (Stuttgart 1968).

² *Bruce Lincoln*, *Nikolaus I. von Rußland. 1796–1855* (München 1981); *John Shelton Curtiss*, *Russia's Crimean War* (Durham/N.C. 1979).

kannt, daß die von ihren Vorgängern so hochgehaltenen Prinzipien von absolutem Polizeiregime nach innen und Gendarmenrolle nach außen eher Ausdruck von Altersstarre als von Stabilität gewesen waren. Man hatte aus den Erfahrungen des Krimkrieges gelernt, daß es nicht länger angehen konnte, den sozialen und politischen Wandel um jeden Preis zu verhindern. Es galt vielmehr, sich ihm anzupassen und ihn für die eigene Machtbehauptung zu nutzen. Damit wurde nach innen wie nach außen neuen Kräften freier Raum gelassen, die zuvor unterdrückt worden waren. – Und es mußten neue Prioritäten gesetzt werden.

Nach Abschluß des Pariser Friedens von 1856 verkündete der neue russische Außenminister A. M. Gorčakov in einem berühmt gewordenen Zirkular: „Rußland schmolzt nicht, Rußland sammelt sich.“³ Damit wurden vom Außenminister der Primat der Innenpolitik, die Notwendigkeit tiefgreifender innerer Reformen und die Neudefinition der außenpolitischen Interessen des Imperiums angezeigt.

Die Reorganisation der inneren Kräfte erwies sich aber als ein zähes und schwieriges Geschäft, das nicht ohne Risiko in Angriff genommen und vollendet werden konnte. Was ursprünglich nur als „Verbesserung“ der inneren Ordnung gedacht war, weckte neue gesellschaftliche Kräfte und provozierte Widerstände, zwischen denen die Autokratie zu lavieren hatte. Dies wirkte sich auch auf die Außenpolitik aus, die sich vor den widerstreitenden Meinungen und Interessen der neu entstandenen Öffentlichkeit zu rechtfertigen hatte. Die Presse erhielt trotz der nur gemilderten, aber nicht beseitigten Zensur ein um so größeres Gewicht, als sie die Funktion eines Parlaments in gewisser Weise ersetzte und die gewichtigen Interessen von Industrie, Adel, Beamtennobilität und Intelligenz zum Ausdruck brachte. Den alten außenpolitischen Doktrinen von Legitimität und Ordnung, die nur noch einen unsicheren Rückhalt am Zarenhof fanden, wurden diejenigen des nationalen („slavischen“) Interesses und Konzeptionen russischer „Realpolitik“ gegenübergestellt. In ihnen artikulierte sich ein neues Selbstbewußtsein, das sich vom „deutschen“ System Nikolaus' I. distanzierte⁴. Über alle Divergenzen hinaus bestand nach dem Krimkrieg Einigkeit darin, daß Rußland seine außenpolitische Orientierung neu auszurichten habe.

Aber das eigentliche Feld der Bewährung der Autokratie, die sich manche ungeduldigen Zeitgenossen schon als „progressive“ Instanz erhofften⁵, lag zunächst weniger auf außen- als auf innenpolitischem Gebiet. Beide Felder sind aber nur in der Analyse, nicht in der Praxis auseinanderzuhalten. „Primat der Innenpolitik“ bedeutete in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vor allem, den Machtapparat so weit zu reformieren, daß Katastrophen wie während des Krimkrieges sich nicht wiederholten. Rußland hatte seinen Militärapparat und damit

³ S. K. Bušuev, Gorčakov (Moskau 1961) 82 f.

⁴ Dietrich Geyer, *Der russische Imperialismus* (Göttingen 1977) 43 ff.; Daniel Balmuth, *Censorship in Russia, 1865–1905* (Washington 1979).

⁵ V. N. Rozental', *Idejnye centry liberal'nogo dviženija v Rossii nakanune revoljucionnoj situacii*, in: *Revoljucionnaja situacija v Rossii v 1859–1861 gg.* (1963) 372–398, 386.

eng verbunden Wirtschaft und Sozialverfassung zu modernisieren, um außenpolitisch aktionsfähig zu bleiben. Die ergriffenen Maßnahmen, von denen hier nur die Bauernbefreiung von 1861, die Einrichtung der ländlichen Selbstverwaltung (*Zemstva*), die Justizreform, beide 1864, erwähnt werden sollen, sind hier im einzelnen nicht zu schildern. Begleitet waren diese Reformen von einer ersten Welle der Industrialisierung und des Bahnbaus, der Einfuhr von westlichem Kapital und technischem Know-how. Zugleich wurde die einst „stehende“ in eine Kaderarmee verwandelt und die Wehrverfassung des Landes so reformiert, daß die Armee sowohl für den kriegesischen Einsatz nach außen wie für die Pazifizierung der national unzuverlässigen Randgebiete bereit war⁶. So beeindruckend die Bilanz der Reformpolitik des „Zar-Befreiers“ insgesamt auch ausfiel, wenn man sie vor dem Hintergrund des Ausgangspunktes von 1856 bewertet, so bleibt doch hervorzuheben, daß der industrielle und insgesamt zivilisatorische Abstand zu den damals führenden Mächten England und Frankreich wie zum Nachzügler Deutschland wenig verringert wurde⁷.

Zudem entstand in Gestalt Preußen-Deutschlands an den unmittelbaren Westgrenzen des Russischen Reiches ein neues Machtzentrum, in einer Region, die sich bis 1853 fast in einem Vasallenstatus gegenüber der Autokratie befunden hatte. Vor dem Hintergrund industrieller und politischer Dynamik der Staaten Mittel- und Westeuropas und ihres wirtschaftlichen Vorsprungs erschienen die russischen Defizite, die heute mit dem Begriff der Rückständigkeit belegt werden, um so beunruhigender. Rußland, so die Argumente des einflußreichen Publizisten M. N. Katkov, drohe auf die Stufe eines „Chanats“ zurückzufallen⁸. Der Kontrast zwischen der Dynamik des Westens und der vermeintlichen Stagnation des Ostens kennzeichnete trotz aller Reformanstrengungen in Rußland eine Stimmungslage, mit der besonders in der Öffentlichkeit gearbeitet wurde. Sie blieb nicht ohne Resonanz im Regierungsapparat.

Nicht nur im industriellen, auch im militärischen Bereich schien es, als ob Rußland mit der europäischen Entwicklung nicht Schritt halten würde. Trotz erheblicher Anstrengungen im militärischen Ressort konnten Organisation und Ausrüstung der Truppen nicht auf ein Niveau gehoben werden, das einem Vergleich mit Preußen-Deutschland oder Frankreich standgehalten hätte. Die russische Armee blieb schwer mobilisierbar, ihre Logistik ließ zu wünschen übrig, so daß ihre Truppenstärke – ca. 700 000 Mann auf dem Friedensstand, über eine Million auf dem Kriegsstand um 1870 – nicht mit der tatsächlichen Einsatzstärke auf einem europäischen Kriegsschauplatz – ca. 500 000 Mann – gleichgesetzt werden durfte.

⁶ *Gottfried Schramm* (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Rußlands*, Bd. 3/1 (Stuttgart 1983) 14 ff., 102 ff.

⁷ Vgl. statistische Tabellen in *Carlo C. Cipolla* (Hrsg.), *The Fontana Economic History of Europe. The Emergence of Industrial Societies*, Bd. 4/2 (London 1973) 747 ff.

⁸ *M. N. Katkov*, *Sobranie peredovych statej Moskovskich Vedomostej*. 1866 (Moskau 1898) Nr. 166, 360.

Deutschland und Österreich-Ungarn konnten bei sehr viel geringerer Bevölkerungszahl als Rußland damals je ca. eine Million Soldaten (Kadergruppen und Reserven) für den Kriegsfall mobilisieren⁹. So beachtlich die Stärke der russischen Streitkräfte insgesamt auch sein mochte, so gingen doch in- und ausländische Beobachter davon aus, daß Rußlands Armee für eine offensive Aktion in Südost- oder Mitteleuropa schlecht gerüstet sei, insbesondere wenn es das Zarenreich nicht nur mit einem Gegner, sondern mit einer feindlichen Koalition zu tun habe. Es blieb dabei, daß Rußland an seinen Rändern verletzbar war, besonders in dem Fall, daß es in Konflikte mit seinen unmittelbaren Nachbarn verwickelt würde. Die Entfaltung des militärischen Potentials in Deutschland konnte daher nur beunruhigen, auch wenn es keine aktuellen Konflikte mit dem Nachbarn gab.

Hatten einst das große Menschenreservoir, eine vergleichsweise einfache Technik und die Anspruchslosigkeit der Soldaten Rußland zur führenden Militärmacht werden lassen, so erlegten nun ökonomischer Rückstand und die Schwächen der militärischen Organisation der russischen Politik gegenüber Europa gewisse Beschränkungen auf. Diese Bewegungsschwäche des russischen Kolosses mußte sich allerdings nicht nur nachteilig auswirken, wenn sie, wie es bei den Verantwortlichen in Petersburg geschah, hinreichend in Rechnung gestellt wurde. Zwar wird man dem Zaren und seinen Ministern in der Außenpolitik keine globale und in sich konsistente Strategie unterstellen können, aber es gab grundsätzliche Entscheidungen, innere und äußere Konstellationen, die das Verhalten der zarischen Politiker bestimmten.

Hierzu gehörte in erster Linie der vorläufige Verzicht auf den Status einer maritimen Großmacht. Dies ergab sich teils aus den Verpflichtungen des Pariser Friedens – der Neutralisierung und Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres, der Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe –, teils aus finanziellen Erwägungen. Angesichts ständiger Haushaltsdefizite seit 1855 ließen sich nicht gleichzeitig eine neue Flotte aufbauen und das Landheer reorganisieren. Daher blieben die Aufwendungen für die Kriegsmarine bis in die siebziger Jahre hinein vergleichsweise bescheiden. Selbst nach Aufhebung der sog. Pontusklauseln im Londoner Vertrag von 1871 blieb die russische Schwarzmeer-Küste unbefestigt, und vom Aufbau einer nennenswerten Kriegsflotte konnte keine Rede sein¹⁰.

Diese teils freiwillige, teils erzwungene Selbstbeschränkung der russischen Macht entschärfte in erheblicher Weise die Rivalität mit dem britischen Empire. Diese ergab sich aus der Berührung russischer und englischer Interessensphären, die vom Balkan und Bosphorus über Mittelasien und Fernost bis zum Pazifik reich-

⁹ Dietrich Beyrau, *Militär und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland* (Köln 1984) 277 ff.

¹⁰ Jacob Walter Kipp, *The Grand Duke Konstantin Nikolaevich and the Epoch of the Great Reforms, 1855–1866* (Ph. D. diss. Pennsylvania State University 1970); S. V. Obolenskaja, *Franko-prusskaja vojna i obščestvennoe mnenie Germanii i Rossii* (Moskau 1977) 169; L. M. Šneerson, *Franko-prusskaja vojna i Rossija* (Minsk 1976) 213 ff.

ten. An der entscheidenden Nahtstelle russisch-englischer Einflußnahme, am Bosphorus und seinem „Hinterland“, dem Osmanischen Reich, hatte Rußland eine nachhaltige Niederlage im Krimkrieg hinnehmen müssen, die fürs erste als endgültig akzeptiert werden mußte. Gleichzeitig war aber noch während dieses Krieges im Fernen Osten mit der russischen Besetzung des Amur- und Ussuri-Gebietes begonnen worden, Territorien, die nur am Rande britischer Weltherrschafts-Interessen lagen. Zudem hat die Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres und die Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe es dem Zarenreich erleichtert, mit verhältnismäßig geringen Mitteln die bis dahin unbotmäßigen Stämme im Kaukasus zu unterwerfen und die russische Herrschaft in dieser Region endgültig zu festigen. Nahezu unbehindert wurden die Chanate Mittelasiens in den sechziger und siebziger Jahren besetzt, dem Reich einverleibt oder als Vasallenstaaten der Zarenherrschaft gefügig gemacht¹¹.

Dieser „Arrondierung“ des russischen Imperiums vom Kaukasus bis zum Pazifik ist weder in der europäischen noch in der russischen Öffentlichkeit jene Aufmerksamkeit zuteil geworden, die der Umfang des territorialen Gewinns nahegelegt hätte. Dies mag mit der Ferne vom europäischen Zentrum wie von strategisch wichtigen Handelswegen erklärt werden. Für das russische Militär mögen diese Erfolge die Niederlagen im Krimkrieg kompensiert haben, zumindest schufen sie seinem Tatendrang einen relativ ungefährlichen Auslauf. Militär und Politik erlagen hier zweifellos dem Sog machtpolitisch „leerer“ Räume. Die Eroberungen entsprangen aber auch der weltumspannenden englisch-russischen Rivalität und wurden auf russischer Seite mit einem gewissermaßen antizipierenden Imperialismus legitimiert. Die Territorien vom Kaukasus bis zum Pazifik sollten vom mehr befürchteten als realen Sterling-Imperialismus abgeschottet und russischen Interessen durch Besetzung endgültig verfügbar bleiben. In den sechziger und siebziger Jahren dienten sie noch nicht als Sprungbrett für ein weiteres Vordringen in die vorderasiatischen Teile des Osmanischen Reiches oder als Ausgangsbasis für eine maßgebliche Einflußnahme in Persien oder China. Da zudem die geographischen Gegebenheiten eine militärische Konfrontation mit dem britischen Empire nahezu ausschlossen, verharrten beide Mächte in einem mißtrauischen, bisweilen feindseligen Attentismus. Er bestimmte maßgeblich auch die beiderseitigen Beziehungen auf dem europäischen Kontinent, besonders natürlich am Bosphorus und auf dem Balkan. Der offene Gegensatz über diese Region hinaus blieb eine feste Konstante europäischer Diplomatie, die alle Staaten Europas in ihr Kalkül einzubeziehen hatten.

Die russischen Erfolge in Asien, die mit vergleichsweise geringen Mitteln erzielt worden waren, veränderten aber nicht die Bewegungsschwäche des Zarenreiches in Europa und – was als besonders schmerzlich empfunden wurde – auf dem Balkan. Die europäischen Teile des Osmanischen Reiches wie die Kleinstaaten auf dem

¹¹ Geyer, *Imperialismus*, 71 ff.; Schramm (Hrsg.), *Handbuch*, 190 ff.

Balkan waren seit dem Pariser Frieden der russischen Hegemonie entzogen und gewissermaßen unter die Vormundschaft der Signatarstaaten des Pariser Friedensvertrages gestellt worden. Jede Veränderung in dieser Region – wie die Vereinigung der Donaufürstentümer (1859), der Abzug der türkischen Festungstruppen aus Serbien (1867), der Aufstand auf Kreta (1866–1869) oder selbst die Verwaltungsreform in den türkischen Provinzen nach 1856 – setzte die komplizierte Maschinerie europäischer Konferenzen und Interventionen in Bewegung¹². Schon allein dieser Mechanismus zwang die russische Seite dazu, einen oder mehrere Bündnispartner zu suchen, wenn es seinen ohnehin reduzierten Einfluß gegen England (und Österreich) zur Geltung bringen wollte. Das Finden eines in den „Orientalia“ verlässlichen Bundesgenossen sollte einerseits die russische Schwäche ausgleichen, diente aber des weiteren dazu, die Krimkriegskoalition zu sprengen. Dies gelang auch verhältnismäßig leicht mit der Annäherung an Frankreich, ohne daß Rußland hieraus für sich handgreifliche Vorteile auf dem Balkan oder an den Meerengen erzielen konnte.

Auch in den sechziger Jahren und besonders nach 1866 ging es der russischen Politik in erster Linie darum, schädliche Rückwirkungen der deutschen Kriege auf dem Balkan zu verhindern oder – im günstigsten Fall – sogar Vorteile einzustreichen. Kennzeichnend für die Haltung der russischen Politiker bis zur Reichsgründung blieb eine schwer allein mit rationalen Gründen zu erklärende Fixierung auf den Balkan als der eigentlichen europäischen Interessenzzone des russischen Imperiums. Behauptung und Stärkung des eigenen Gewichts in dieser instabilen Region wurden zum maßgeblichen Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg der russischen Diplomatie überhaupt. Diese schwer nachvollziehbare Faszination zarischer Politiker und der russischen Öffentlichkeit durch die „orientalische Frage“¹³ ist weder mit ökonomischen noch mit strategischen Interessen und auch nicht hinreichend mit dem neu aufgekommenen Nationalismus in Rußland selbst zu erklären. Die wichtigsten Handelspartner zu dieser Zeit waren Großbritannien und der deutsche Zollverein bzw. Deutschland. Mit ihnen wurden weit über 50 % des Außenhandels abgewickelt. Die Handelsverbindungen mit den Regionen des östlichen Mittelmeeres und des Balkans waren minimal. Als Schuldnerland hatte Rußland hier auch keine Kapitalinteressen¹⁴. Der alte „Drang zum Meer“ verschaffte sich nur

¹² *Leften Stavros Stavrianos*, The First Balkan Alliance System 1860–1876, in: *Journal of Central European Affairs* 2 (1942/43) 267–290; *Dietrich Beyrau*, Russische Orientpolitik und die Entstehung des deutschen Kaiserreiches 1866–1870/71 (München 1974) 63 ff.; *I. G. Senkevič*, *Rossija i kritskoe vosstanie 1866–1869 gg.* (Moskau 1970).

¹³ *S. A. Nikitin*, *Slavjanskije komitety v Rossii v 1858–1876 godach* (Moskau 1960); *Geyer*, *Imperialismus*, 49 ff.

¹⁴ *Traian Stoianovich*, Russian Domination in the Balkans, in: *Taras Hunczak* (Hrsg.), *Russian Imperialism From Ivan the Great to the Revolution* (New Brunswick/N.J. 1974) 198–238, 217 ff.; *V. Ja Laveryčev*, *Krupnaja buržuazija v poreformennoj Rossii 1861–1900 gg.* (Moskau 1974) 205 f., 210, 215.

noch insofern Geltung, als es den russischen Politikern nach wie vor darum ging zu verhindern, daß nach einem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches Konstantinopel in griechische oder gar unmittelbar in englische Hände fiel. Der neue Nationalismus setzte die Petersburger Führung unter einen zunehmenden Legitimationsdruck, er lieferte aber doch insgesamt nur neue Argumente für eine alte Politik.

Das manchmal sich zur Hysterie steigernde Interesse für den Balkan und den Bosphorus wurde dadurch geschürt, daß diese Region trotz der Sympathien, die das slavische und orthodoxe Rußland bei den christlichen Völkern – mit Ausnahme der rumänischen Oberschicht – genoß, immer stärker unter den ökonomischen und politischen Einfluß der Westmächte und Österreich-Ungarns geriet. Eine Abschottung des Balkans – analog den Eroberungen in Asien – war seit 1856 nicht mehr möglich. „Slavische“ Propaganda und populäre Sympathien reichten aber nicht aus, diese Region an Rußland zu binden. So wirkten sich auch hier die Entwicklungsunterschiede zwischen Rußland und den westlichen Rivalen negativ aus und bestätigten nur die Einsicht, daß Petersburg eines Bündnispartners bedürfe. England und Österreich-Ungarn schieden hierfür aus naheliegenden Gründen aus, so daß nur die Wahl zwischen dem Wunschpartner Frankreich und dem vielfach wenig geschätzten Preußen bzw. dem Norddeutschen Bund blieb.

Nicht in erster Linie der polnische Aufstand von 1863 und seine diplomatische Unterstützung durch Napoleon III., sondern der französische Anspruch auf Einfluß und Geltung auch auf dem Balkan minderten auf Dauer den Wert Frankreichs als Bundesgenossen. Denn seine Wertschätzung bemaß sich auf russischer Seite wesentlich danach, welche Positionsgewinne er dem Zarenreich auf dem Balkan verschaffte. Weder die Resultate des formellen Bündnisses von 1859 noch die auch danach immer wieder unternommenen Anläufe zu einer russisch-französischen Kooperation befriedigten in Petersburg. Zudem galt Napoleons Politik besonders seit 1866 als notorisch unberechenbar. Als sich seit 1867 eine Annäherung Österreich-Ungarns und Frankreichs abzeichnete, gestalteten sich konsequenterweise die russisch-preußischen Beziehungen enger.

Die Hinwendung Frankreichs zur Donaumonarchie, in der seit 1867 die ungarische Seite mit ihren antirussischen Ressentiments an Gewicht gewonnen hatte¹⁵, wurde in Petersburg in erster Linie in ihren negativen Auswirkungen auf die „Orientalia“ wahrgenommen; natürlich übersah man dabei nicht die antipreußische Stoßrichtung der Zusammenarbeit zwischen Wien und Paris. Was lag näher, als eine Interessengemeinschaft mit dem Norddeutschen Bund zu suchen, zumal dieser immer noch als der schwächere, zumindest als ein äußerst verletzbarer Partner und als vermutlich unterlegener Rivale Frankreichs galt? In vielerlei Hinsicht erschien eine engere Bindung zwischen Preußen und Rußland als nützlich: Solange

¹⁵ *István Diószegi*, Österreich-Ungarn und der französisch-preußische Krieg 1870–1871 (Budapest 1974) 7, 21 f.

die deutsche Frage in der Schwebe gehalten wurde, war davon auszugehen, daß Österreich-Ungarn (selbst im Bündnis mit Frankreich) nichts unternehmen werde, was die russischen Interessen auf dem Balkan allzu nachteilig beeinflusste. (Hierbei ging es vor allem um die befürchtete Annexion Bosniens und der Herzegovina und um eine nicht ausgeschlossene österreichische Intervention im Fall von Unruhen der christlichen Völker und Staaten unter osmanischer Herrschaft.) Die sog. Militärabsprache von 1868 zwischen Berlin und Petersburg beabsichtigte auf russischer Seite, Österreich-Ungarn im Fall eines französischen Angriffs auf Preußen in Schach zu halten. Von der preußischen Seite wurde ebenfalls erwartet, die Habsburger Monarchie zu bedrohen, falls sie militärisch auf dem Balkan aktiv werden sollte. Obwohl Bismarck diese Verpflichtung nicht akzeptiert hat, weil sie russische Abenteuer auf dem Balkan zu erleichtern schien, hielt der russische Kaiser an seiner Verpflichtung fest¹⁶. Denn Rußland wollte mit der Militärabsprache nicht nur eine österreichische und französische „Rache für Sadova“ verhindern, sondern auch Bismarck davon abhalten, mutwillig die Mainlinie zu überschreiten und damit den befürchteten französisch-österreichischen Bündnisfall zu provozieren, der sich nach russischer Meinung nur negativ auf den Balkan auswirken konnte.

Insgesamt erschien der Norddeutsche Bund solange als nützlich, wie er nolens volens die österreichisch-ungarischen Aspirationen im Südosten Europas blockierte. Die Militärabsprache war in gewisser Weise ein Spiegelbild der ebenfalls in der Schwebe bleibenden Allianz-Verhandlungen zwischen Frankreich und der Habsburger Monarchie¹⁷. Die auf allen Seiten nur lose gehaltenen Absprachen hatten eher ungewollt eine Situation geschaffen, welche den teils offenen, teils verdeckten Ehrgeiz aller Beteiligten im Zaum halten wollte: Frankreich und Preußen konnten nicht mutwillig den Rhein bzw. den Main überschreiten, ohne den jeweiligen – potentiellen – Bundesgenossen zu verschrecken. Rußland und Österreich-Ungarn sollten auf dem Balkan unbeweglich bleiben, wenn sie sich die „Freundschaft“ ihrer Partner erhalten wollten. Der Versuch einer europäischen „Blockbildung“ war im Ansatz steckengeblieben, weil sich die potentiellen Allianzpartner in ihren verdeckt aggressiven Absichten eher gegenseitig behinderten als unterstützten. Zudem blieben die Absprachen auf beiden Seiten vage und interpretationsfähig, so daß sich keine Seite ihres „Alliierten“ sicher sein durfte.

Dieses Einlenken auf eine eher ungewollte Gleichgewichtspolitik war auf russischer Seite erst erfolgt, nachdem Versuche gescheitert waren, im Gefolge des Krieges von 1866 und in Erwartung eines baldigen deutsch-französischen Konfliktes doch noch Vorteile für sich auf dem Balkan durchzusetzen. Der Aufstieg Preußens und seine territoriale Ausdehnung, mehr noch die Verdrängung Österreichs aus Deutschland beunruhigten in Petersburg, da nun – besonders nach dem Ausgleich

¹⁶ *Beyrau*, Orientpolitik, 106 ff.; *Šneerson*, Vojna, 66 ff.

¹⁷ *Heinrich Lutz*, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches (Frankfurt 1979) 73 ff., 113 ff.

mit Ungarn – eine verstärkte Hinwendung der Habsburger Monarchie nach Südosten befürchtet wurde.

In der Diplomatie und im Militär (wie in der Publizistik) Rußlands gab es eine starke Strömung, die dafür plädierte, sich an den ohnehin unvermeidbaren Aufstieg Preußens „anzuhängen“. Um das mit dem Machtzuwachs Preußens gestörte Gleichgewicht der Kräfte in Europa wieder herzustellen, sollte der russische Einfluß durch Stärkung der Balkanchristen und durch Aufhebung der sog. Pontusklauseln des Pariser Friedens gesteigert werden. Selbst bei dem eher nüchternen Gorčakov hieß es: Der Eintritt der christlichen Völker des Balkans ins politische Leben „verspricht uns natürliche Verbündete und garantiert ein besseres Gleichgewicht“¹⁸. Diesem Ziel diene 1866 bis 1868 die unermüdliche Tätigkeit N. P. Ignat'evs, des russischen Vertreters in Istanbul. Besonders 1867 versuchte er, Bündnisverhandlungen zwischen den Balkanstaaten und -völkern und Aufstandsvorbereitungen zu koordinieren. Es handelte sich hierbei um eine russische Spielart von Kompensationspolitik, die eher unter der Hand betrieben wurde. Als sich zeigte, daß sich Österreich-Ungarn schneller als erwartet erholte, daß auch die Westmächte zu Gegenaktionen schritten, wurde dieses abenteuerliche Experiment abgebrochen, da Petersburg auf keinen Fall eine militärische Konfrontation riskieren wollte. Man hatte wohl gern eine bestehende Krise für sich ausnutzen, sie aber keineswegs provozieren wollen. Innere Reformpolitik und militärische Schwäche verboten in den sechziger Jahren eine „slavische Gefühlspolitik“¹⁹.

So erstaunlich es aus der Perspektive des 20. Jahrhunderts erscheinen mag, so läßt das konkrete Verhalten der russischen Politiker im Jahrzehnt zwischen 1860 und 1870 keinen Zweifel daran, daß Deutschland und der deutschen Frage eher eine abgeleitete Bedeutung zukam. Sie ergab sich aus der weltumspannenden Rivalität mit dem britischen Empire und aus der Kräftekonstellation in den „Orientalia“. Wie die politische Praxis, weniger die diplomatische Rhetorik zeigte, stellte sich der Petersburger Führung das europäische Gleichgewicht als ein Beziehungsgeflecht dar, das weitgehend durch die Interessen auf dem Balkan und am Bosphorus geformt wurde.

Das Gleichgewicht der Kräfte erwies sich auch in diesem Fall als eine äußerst flexible und interpretationsfähige Doktrin, die sich mit den je spezifischen Interessen einer Macht verband. Rußland war selbst Teil dieses Gleichgewichts, und es wollte – wie alle anderen Mächte auch – die Gewichte zu eigenem Vorteil verschieben, aber nicht aus der Balance bringen. Das europäische Gleichgewicht galt, wie das russische Verhalten 1866 und 1870/71 erkennen ließ, auch nicht als prinzipiell gestört, wenn die Rollen zwischen Preußen-Deutschland und Frankreich getauscht

¹⁸ S. A. Nikitin, *Očerki po istorii južnych slavjan i russko-balkanskich svjazej v 50–70-e gody XIX v.* (Moskau 1970) 240.

¹⁹ Bismarck an Goltz, Berlin 15. März 1868, in: *Otto v. Bismarck, Die gesammelten Werke*, Bd. 6a (Berlin 1930) 311.

wurden. Innerhalb dieses Rahmens, der Bismarck einen Spielraum gewährte, ohne daß ihm Petersburg – auch nicht mit der Militärabsprache – einen Freibrief erteilt hätte, gab es unter den russischen Politikern selbstverständlich Präferenzen für die Lösung des deutschen Knotens.

Seit dem Krimkrieg hatte die Autokratie ihre Rolle als letzte Schiedsinstanz in den deutschen Angelegenheiten verloren, und sie besaß weder die Macht noch den Willen, sie wiederzuerlangen. 1864, 1866 und letztlich auch 1871 wurde die zarsche Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt, ein Zustand, wie er unter Nikolaus I. undenkbar gewesen wäre. Es sei, so klagte ein russischer Diplomat 1866, „wenig generös, uns in so harter Weise zu beweisen, daß wir in Europa ohnmächtig sind“²⁰. Auch wenn man bei der Regelung der deutschen Frage vor der Tür stehen gelassen wurde, so gab es doch in Petersburg grundsätzliche Überlegungen für Deutschland, die auf die Erhaltung eines preußisch-österreichischen Gleichgewichts in der Mitte Europas hinausliefen. Man wollte jene Prinzipien erhalten wissen, die nach russischer Meinung das Wesen des Deutschen Bundes ausgezeichnet hatten: Er war zu schwach, um aggressiv, und zu stark, um selber das Opfer einer (französischen) Aggression werden zu können. Zudem hielt er Österreich in Deutschland fest und schien damit dessen Expansion nach Südosten zu behindern. Nichts fürchtete man in Petersburg vor dem Kriegeausbruch von 1866 so sehr wie Kompensationsgeschäfte, die Österreich für den abzusehenden Verlust Venetiens auf dem Balkan entschädigen wollten. Das Prinzip des Gleichgewichts in Mitteleuropa war in russischen Augen nicht an den territorialen Status quo geknüpft. Wie Überlegungen und Sondierung unmittelbar nach dem Krieg von 1866 zeigten, waren auch die russischen Politiker vom Kompensationsfieber angesteckt. Für Positionsgewinne auf dem Balkan und am Bosphorus wollte man durchaus territoriale Veränderungen im Gebiet des inzwischen untergegangenen Deutschen Bundes wie an seinen Rändern billigend in Kauf nehmen, das preußisch-österreichische Kondominium in Deutschland aber erhalten wissen.

Aber all diese Überlegungen und Sondierungen nach dem Krieg von 1866 wie der diplomatische Einsatz Ignat'evs 1867 wurden nur mit geringem Nachdruck verfolgt. Die Scheu vor der Provokation eines Konfliktes, vor der Verwicklung in Auseinandersetzungen, die nicht Rußlands zentrale Interessen berührten, hielten die Petersburger Regierung von energischen Maßnahmen ab.

Die Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland gehörte zweifellos nicht zu den als lebenswichtig angesehenen Interessen Rußlands. Dies galt jedenfalls so lange, wie es sich um eine Verschiebung der Gleichgewichte und nicht um einen völligen Umsturz der inneren Ordnung wie der staatlichen Beziehungen handelte. Nur mit diplomatischen Mitteln, d. h. mit geringer Erfolgsaussicht, setzten sich mal der Außenminister, mal der Kaiser persönlich zu verschiedenen Zeiten für die Erhaltung des Status quo ein, so vor und nach dem Krieg von 1866, so indirekt im Zusam-

²⁰ Beyrau, *Orientpolitik*, 52.

menhang mit der Militärabsprache und zuletzt noch einmal kurz vor und zu Beginn des deutsch-französischen Krieges, als die russischen Politiker in überraschend deutlicher Weise ihre Präferenzen für den Status quo, wenn nicht gar für die Rückkehr Österreichs nach Deutschland zu erkennen gaben. „Was mich betrifft“, so erklärte Alexander II. kurz nach Ausbruch des Krieges von 1870, „so wäre ich dafür, das Protektorat über den Süden Deutschlands Österreich zu geben ...“²¹. Aber die überraschend schnellen Erfolge der deutschen Seite und das Mißtrauen der neutralen Mächte untereinander verwiesen Rußland auf bilaterale Verhandlungen mit dem nun zu stark gewordenen deutschen Partner. Rußland verzichtete widerwillig auf eine Einmischung in die deutsch-französischen Angelegenheiten und durfte sich dafür der deutschen Unterstützung bei der Revision der Bestimmungen des Pariser Friedens sicher sein.

Der Umgang mit der Frage der territorialen Integrität Frankreichs zeigte einmal mehr die Prioritäten auf russischer Seite: Prinzipiell galt die deutsche Annexion Elsaß-Lothringens als verwerflich und schädlich sowohl für das europäische Gleichgewicht als auch für den zukünftigen Frieden. Dies wurde den deutschen Diplomaten nicht verheimlicht. Aber als man mit Bismarck ins Geschäft kam, war die Aufhebung der Pontusklauseln doch wichtiger als die Integrität Frankreichs. (Der Rhein als deutsch-französische Grenze erschien in Petersburg 1866 als weniger anstößig als die Annexion von Elsaß und Lothringen 1871.) 1870/71 verschaffte sich in abgeschwächter Form der immer verdeckte Leitgedanke russischer Kompensationswünsche Geltung, daß nämlich ein Machtzuwachs Preußens mit der Stärkung der eigenen Stellung in Europa verbunden sein sollte.

Die Ergebnisse des deutsch-französischen Krieges sind auf russischer Seite keineswegs gebilligt, aber doch hingenommen worden. Die nicht nur in Rußland vorherrschende Fehleinschätzung des deutsch-französischen Kräfteverhältnisses hat hierbei zweifellos eine bedeutende Rolle gespielt. Die Revision des Pariser Vertrages und die Ausschaltung Frankreichs als Rivale auf dem Balkan erschienen besonders in der Publizistik, aber auch in Regierungskreisen als zu geringer Gewinn, der aus der wohlwollenden Neutralität Rußlands gezogen worden war²². Statt der zwar etwas unberechenbaren, aber fernen Militärmacht Frankreich hatte man nun einen zu mächtig gewordenen „Freund“ an den eigenen Grenzen zu ertragen, in der unmittelbaren Nachbarschaft von Randgebieten, deren Völker pazifiziert und eingeschüchtert, aber im positiven Sinn ins Russische Reich nicht integriert worden waren. Insbesondere hatte sich nun die strategische Stellung der „Weichselprovinzen“ geändert: Aus einem Aufmarschgebiet zur eventuellen Disziplinierung Berlins und Wiens waren sie nun im Falle eines Konflikts zu einem kaum zu verteidigenden Vorposten geworden. Die tiefe Beunruhigung, die der Aufstieg Preußens zu einer

²¹ *Werner Eugen Mosse, The European Powers and the German Question 1848–1871* (Cambridge 1958) 310.

²² *Beyrau, Orientpolitik*, 252 ff.; *Šneerson, Vojna*, 210 ff., 242 ff.; *Obolenskaja, Vojna*, 140 ff.

Macht ersten Ranges hervorgerufen hatte, war in der Öffentlichkeit nicht zu übersehen und war auch in den Kreisen von Militär und Bürokratie verbreitet. Hier war von der von Alexander II. und seinem Hof so auffällig zelebrierten russisch-deutschen Freundschaft und Waffenbrüderschaft wenig zu spüren. Die „deutsche Gefahr“ und der „deutsche Drang nach Osten“ wurden nun zu vielfach und beliebig verwendeten Schlagworten im Kampf um innen- und außenpolitische Orientierungen²³.

Angesichts der militärischen Schwäche Rußlands haben aber alle Seiten gute Miene zum bösen Spiel gemacht. Diese Haltung wurde erleichtert, weil das Gleichgewicht in Europa zwar als gestört, aber nicht als zerstört galt. Innenpolitisch wurde der deutsche Sieg mit vermehrten Rüstungsanstrengungen beantwortet, außenpolitisch durch den Versuch, Österreich-Ungarn wieder in eine „konservative“ Allianz der drei östlichen Monarchien einzubeziehen und damit die arbiträre Stellung Deutschlands zwischen den Rivalen Österreich-Ungarn und Rußland zu unterlaufen.

Insgesamt bewies das Zarenreich in den anderthalb Jahrzehnten seit dem Krimkrieg eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber den Kriegen und Konflikten in Mitteleuropa, eine Position, die es mit England teilte, auch wenn hierbei ganz unterschiedliche Gründe maßgeblich waren. Dieses relative Désengagement der beiden „Weltmächte“ war zweifellos eine wesentliche Voraussetzung und Bedingung, die – jenseits aller spezifischen Staatskunst Bismarcks – den Aufstieg Preußens zur Großmacht ermöglicht hat. Umgekehrt war es Bismarcks Politik relativer Selbstbeschränkung, die es beiden Flügelmächten ohne allzu großen Prestigeverlust erleichterte, dem Rollentausch zwischen Frankreich und Deutschland beobachtend zuzuschauen. Das Zarenreich hat sich jedenfalls erstaunlich flexibel dem verschobenen Gleichgewicht der Kräfte angepaßt.

²³ Dietrich Beyrau, Der deutsche Komplex: Rußland zur Zeit der Reichsgründung, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Europa und die Reichsgründung (Historische Zeitschrift. Beiheft 6 N. F. München 1980) 63–107.